



Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf

202. Jahrgang

Düsseldorf, den 27. August 2020

Nummer 35

INHALTSVERZEICHNIS

<p>B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung</p> <p>327 Anerkennung einer Stiftung (Johann-Amos-Comenius-Stiftung zur Unterstützung von Not leidenden Kindern und jungen Menschen) S. 377</p> <p>328 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz S. 378</p> <p>329 Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes - Immissionsschutzgesetzes i.V.m. § 21 a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) für ein Vorhaben der Firma Frank Proet GmbH S. 378</p> <p>330 Bekanntmachung über die Auslegung eines Planfeststellungsbeschlusses zur Schließung der Deichlücke in Düsseldorf in der Ortslage Himmelgeist S. 379</p> <p>331 Bekanntmachung nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben des Niersverbandes S. 380</p> <p>C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen</p> <p>332 Bekanntmachung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See über den abschließenden Vermerk der gpa NRW zum Jahresabschluss 2019 S. 381</p> <p>333 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises des Rhein-Kreises Neuss S. 383</p>	<p>334 Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches Nr. 3220878783 S. 383</p> <p>335 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Mustafa Akpinar) S. 383</p> <p>336 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Viktor Baum) S. 384</p> <p>337 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Thorsten Fothke) S. 384</p> <p>338 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Jaroslaw Berski Marek) S. 384</p> <p>339 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Tareke Mekhalfia) S. 385</p> <p>340 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Ndoumbe-Edjenquele) S. 385</p> <p>341 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Jacek Ossowski) S. 385</p> <p>342 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Peik Michael Palm) S. 386</p> <p>343 Öffentliche Zustellung PP Mönchengladbach (Robert Wladyslaw Pieta) S. 386</p> <p>344 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Stefan Wilhelmi) S. 386</p>
--	---

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

327 Anerkennung einer Stiftung (Johann-Amos-Comenius-Stiftung zur Unterstützung von Not leidenden Kindern und jungen Menschen)

Bezirksregierung
Az.: 21.13-St. 2015

Düsseldorf, den 13. August 2020

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat die

„Johann-Amos-Comenius-Stiftung zur Unterstützung von Not leidenden Kindern und jungen Menschen“

mit Sitz in Essen gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 2 StiftG NRW anerkannt. Die Stiftung ist seit dem 19.05.2020 rechtsfähig.

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 377

328 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz

Bezirksregierung
35.05.02.05-2016-05-171

Düsseldorf, den 18. August 2020

Öffentliche Zustellung eines Widerspruchsbescheids (Herrn Sead Serdarevic, zuletzt wohnhaft Taunusstraße 6, 41236 Mönchengladbach)

Gemäß § 10 des Landeszustellungsgesetzes wird der Bescheid der Bezirksregierung Düsseldorf vom 03.06.2020 AZ: 35.05.02.05-2016-05-171 an Herrn Serdarevic öffentlich zugestellt, da die vorgenannte Person postalisch nicht zu erreichen ist.

Der Bescheid liegt in der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, Zimmer Ce 393 für den Empfänger offen und kann dort von dem Empfänger während der Dienstzeiten eingesehen werden.

Der Bescheid gilt einen Monat nach Veröffentlichung in dem Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf als zugestellt und wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben wird.

gez.
Schulte-Oversohl

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 378

329 Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes - Immissionsschutzgesetzes i.V.m. § 21 a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) für ein Vorhaben der Firma Frank Proest GmbH

Bezirksregierung
52.03-0991398-0010-525

Düsseldorf, den 14. August 2020

Öffentliche Bekanntmachung nach § 10 Abs. 7 und 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i. V. m. § 21 a der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) über die Erteilung einer Genehmigung nach § 16 BImSchG für die von der Firma Frank Proest GmbH betriebene Anlage zur Demontage von Transformatoren, Böskensstraße 30, 46562 Voerde

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat der Firma Frank Proest GmbH mit Datum vom 07.08.2020 eine Genehmigung nach § 16 BImSchG mit folgendem verfügenden Teil und folgender Rechtsbehelfsbelehrung erteilt:

Verfügender Teil:

„Der Firma Frank Proest GmbH, Dinnendahlstraße 22, 47533 Kleve, wird unbeschadet der Rechte Dritter aufgrund der §§ 6 und 16 BImSchG die

Genehmigung

zur Änderung der Anlage zur Demontage von Transformatoren auf dem Betriebsgelände Böskensstraße 30, 46562 Voerde, Gemarkung Spellen, Flur 30, Flurstück 63, durch

- Annahme von Transformatoren mit einem Gewicht von bis zu 400 t und damit einhergehend Erhöhung der Behandlungskapazität auf 400 t/d, wobei der Jahresdurchsatz weiterhin insgesamt maximal 2.000 t/a beträgt,
- Anlieferung von Transformatoren auch mittels Schiff,
- Ausdehnung des zur Lagerung von Transformatoren genutzten Bereiches auf die südlich der bisherigen Betriebsfläche gelegene Halle, wobei die Lagerkapazität für Transformatoren in Form von gefährlichen Abfällen, nicht gefährlichen Abfällen und Produkten weiterhin insgesamt höchstens 1.000 t beträgt,
- Änderung der Dokumentation der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Bekanntgabe der für diese Anlagen bedeutsamen Betriebs- und Verhaltensvorschriften,
- Entfall der Prüfungen der Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen durch Sachverständige – Nebenbestimmung 42 des Genehmigungsbescheides vom 25.04.2013, Az.: 52.03-0991398-0010-525, wird aufgehoben – und
- Lagerung der bei der Behandlung der Transformatoren anfallenden gefährlichen Abfälle in einer Menge von bis zu 22 t, wobei die Lagerkapazität für sämtliche aus der Behandlung der Transformatoren resultierenden Abfälle weiterhin maximal 100 t beträgt,

nach Maßgabe der nachstehenden Abschnitte erteilt.

Die für Ausnahmefälle vorgesehene Lagerung von bis zu zwei Transformatoren mit jeweils maximal 100 l Öl ohne Auffangwanne auf der bisherigen Betriebsfläche ist nicht Gegenstand dieser Genehmigung.“

Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, einzureichen. Vor dem Oberverwaltungsgericht muss sich jeder Beteiligte, außer im Prozesskostenhilfverfahren, durch eine prozessbevollmächtigte Person vertreten lassen. Als Prozessbevollmächtigte sind nur die in § 67 Abs. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) bezeichneten und ihnen kraft Gesetzes gleichgestellten Personen zugelassen.“

Die Klage kann auch durch Übertragung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Es muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55 a Abs. 4 VwGO eingereicht werden. Die für die Übermittlung und Bearbeitung geeigneten technischen Rahmenbedingungen bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung (ERVV).

Abweichend hiervon können Sie gegen die Gebührenfestsetzung, wenn nur diese angefochten werden soll, innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides Klage vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf, erheben. Die Klage ist schriftlich bzw. – wie oben dargestellt – elektronisch einzureichen oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.“

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen verbunden.

Der Bescheid und seine Begründung liegen bei der Bezirksregierung Düsseldorf (Zimmer 6043), Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf, in der Zeit vom 28.08.2020 bis einschließlich 10.09.2020 während der Dienststunden (Montag bis Donnerstag von 09:00 Uhr bis 16:00 Uhr und Freitag von 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr) zur Einsicht aus.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Bescheid auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, gemäß § 10 Abs. 8 Satz 5 BImSchG als zugestellt.

Der Bescheid und seine Begründung können bis zum Ablauf der Klagefrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, angefordert werden.

Im Auftrag
gez. Scherber

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 378

330 Bekanntmachung über die Auslegung eines Planfeststellungsbeschlusses zur Schließung der Deichlücke in Düsseldorf in der Ortslage Himmelgeist

Bezirksregierung
54.04.01.19-48

Düsseldorf, den 05. August 2020

Bekanntmachung über die Auslegung eines Planfeststellungsbeschlusses

Planfeststellungsbeschluss zur Schließung der Deichlücke in Düsseldorf in der Ortslage Himmelgeist, 3. Planabschnitt - „Himmelgeister Landstraße“ - zwischen Rheinstrom-km 730,05 und 730,70, rechtes Ufer

Der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Düsseldorf vom 08.07.2020 – Az.: 54.04.01.19-48 – liegt mit den festgestellten Planunterlagen gemäß § 74 Abs. 4 S. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) und § 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

**in der Zeit
vom 31.08.2020 bis 14.09.2020 einschließlich**

bei der Stadt Düsseldorf, Rathaus Benrath, Benrodestr. 46, 40597 Düsseldorf, nach vorheriger Terminvereinbarung zu jedermanns Einsicht aus:

Zur Terminvereinbarung besteht die telefonische Erreichbarkeit der Bezirksverwaltungsstelle unter der Telefonnummer 0211 – 89 97112 in der Zeit von

Montags bis Donnerstag
von 9:00 bis 12:00 Uhr sowie 14:00 bis 16:00 Uhr
Freitags von 9:00 bis 12:00 Uhr
sowie über die E-Mail-Adresse:

bezirksverwaltungsstelle.09@duesseldorf.de

Die geltenden Abstands- und Hygieneregeln sind bei der Einsichtnahme zu beachten.

Zusätzlich kann der Planfeststellungsbeschluss über die Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf (www.brd.nrw.de) unter der Rubrik „Aktuelle Offenlagen“ eingesehen werden.

Der Planfeststellungsbeschluss wird den Beteiligten, über deren Einwendungen entschieden worden ist, zugestellt. Mit dem Ende der Auslegungsfrist gilt der Beschluss den übrigen Betroffenen gegenüber als zugestellt (§ 74 Abs. 4 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes – VwVfG).

Im Auftrag
gez. Madeline Günther
-Obere Wasserbehörde-

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 379

331 Bekanntmachung nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben des Niersverbandes

Bezirksregierung
54.06.03.21-60

Düsseldorf, den 14. August 2020

Bekanntgabe nach § 5 UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben des Niersverbandes

Der

**Niersverband
Am Niersverband 10
41747 Viersen**

beabsichtigt, auf dem Grundstück in Viersen, Gemarkung Süchteln, Flur 4, Flurstück 16, Grundwasser aus einem Brunnen bis zu einer Menge von 6.500 m³ pro Jahr zu entnehmen.

Die beabsichtigte Grundwasserentnahme dient der Gewinnung von Betriebswasser zu Brauchwasserzwecken am Betriebsstandort Süchteln.

Für dieses Vorhaben hat der Niersverband unter dem 7. Februar 2019 die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 Absatz 1 Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 253 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, beantragt.

Nach § 5 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 117 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, stellt die zuständige Behörde auf der Grundlage geeigneter Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen unverzüglich fest, ob nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Für das Entnehmen, Zutagefördern oder Zutageleiten von Grundwasser mit einem jährlichen Volumen an Wasser von 5.000 m³ bis weniger als 100.000 m³ ist in Nummer 13.3.3 der Anlage 1 zum UVPG eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls vorgesehen, wenn durch die Gewässerbenutzung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind.

Nach § 7 Absatz 2 UVPG ist für solche Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 Nummer 2.3 zum UVPG aufgeführten Schutzkriterien besondere örtliche Gegebenheiten vorliegen. Nach der Prüfung der vorgenannten Kriterien liegen keine besonderen örtlichen Gegebenheiten vor. Im Absenkbereich der Grundwasserentnahme befinden sich keine grundwasserabhängigen Ökosysteme.

Entsprechend § 5 Absatz 1 Satz 1 UVPG habe ich daher festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die Entnahme findet aus einem bestehenden Brunnen statt. Baumaßnahmen mit Eingriffen in den Untergrund sind nicht erforderlich.

Die Entnahme aus dem Brunnen verursacht nur in einem kleinen Radius von ca. 75 m eine geringe lokale Absenkung. Diese Absenkung ist wesentlich geringer als die natürliche Grundwasserschwankung. Der Grundwasserkörper 286_04 nach WRRL ist in einem mengenmäßig guten Zustand. Der chemische Zustand des Grundwasserkörpers ist aufgrund überhöhter Nitratwerte als schlecht eingestuft. Die beantragte Grundwasserentnahme hat jedoch keine Auswirkungen auf den chemischen Zustand des Grundwassers.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 UVPG bekanntgegeben. Sie ist nach § 5 Absatz 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
gez. Annette Glimm-Tran Duc

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 380

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

332 Bekanntmachung des Zweckverbandes Erholungsgebiet Unterbacher See über den abschließenden Vermerk der gpa NRW zum Jahresabschluss 2019

Abschließender Vermerk der gpaNRW

Die gpaNRW ist gemäß § 106 Abs. 2 GO in der bis zum 31. Dezember 2018 gültigen Fassung i.V.m. Artikel 10 Abs. 1 des 2. NKFVG NRW gesetzliche Abschlussprüferin des Betriebes Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See. Zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2019 hat sie sich der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wbw holup GmbH & Co. KG, Düsseldorf, bedient.

Diese hat mit Datum vom 05.06.2020 den nachfolgend dargestellten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

„Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den **Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See, Düsseldorf,**

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des **Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See, Düsseldorf,** - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverband Erholungsgebiet Unterbacher See, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Verbands zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Verband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Verbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der

Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Verbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Verbands zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verband ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbands vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Verbands.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Die gpaNRW hat den Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wbw holup GmbH & Co. KG ausgewertet und eine Analyse anhand von Kennzahlen durchgeführt. Sie kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird vollinhaltlich übernommen. Eine Ergänzung gemäß § 3 der Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAP DVO) ist aus Sicht der gpaNRW nicht erforderlich.

Herne, den 30. Juli 2020

gpaNRW

Im Auftrag
Matthias Mittel

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 381

333 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises des Rhein-Kreises Neuss

Der Dienstausweis Nr. 1066, ausgestellt durch den Landrat des Rhein-Kreises Neuss am 17.12.2015, gültig bis 31.08.2020, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt.

Im Auftrag
Heithoff

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 383

334 Kraftloserklärung eines Sparkassenbuches Nr. 3220878783

Das Sparkassenbuch Nr. 3220878783 wird gemäß Teil II Ziff. 6.1 AVV zum SpkG für kraftlos erklärt.

Solingen, den 13. August 2020

Stadt-Sparkasse Solingen
Der Vorstand

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 383

335 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Mustafa Akpinar)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der zurzeit geltenden Fassung

**Vorladung zur Erkennungsdienstlichen
Behandlung unter Androhung Zwangsgeld
des Polizeipräsidiums Wuppertal,
KK 16, vom 18.08.2020,
Vorgangs-Nr.: 503000-012010-20/4**

an **Herrn Mustafa Akpinar**
***27.12.1977/Langefeld**
letzte bekannte Anschrift:
Alte Heerstr. 7 in 42719 Solingen

Der o. g. Bescheid kann in Raum E 85, des Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die o. g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Schönenberg KOK`in

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 383

336 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Viktor Baum)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Bescheid/Anhörung des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 13.08.2020,
Aktenzeichen: 200812-1039-007497**

an **Herrn Viktor Baum**
geboren am 08.04.1978 in Lawrowka /
ehem. Sowjetunion
letzte bekannte Anschrift:
Eichenstr. 1, 42855 Remscheid

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die
Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn
seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen
vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Kirch, KHK

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 384

337 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Thorsten Fothke)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Anhörung/Bescheid des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 11.08.2020,
Aktenzeichen: 503000-012818-20/2**

an **Herrn Thorsten Fothke**
***05.11.1975 in Wuppertal/Deutschland**
letzte bekannte Anschrift:
Ludwigstraße 26, 42105 Wuppertal

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die
Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn
seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen
vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Fellendorf, KOK`in

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 384

338 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Jaroslaw Berski Marek)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Bescheid/Anhörung des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 10.08.2020,
Aktenzeichen: 200810-0304-056486**

an **Herrn Jaroslaw Berski Marek**
geboren am 25.04.1972 Zebowice/Polen
letzte bekannte Anschrift:
Feldstraße 31, 42899 Remscheid

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Finke, KOK`in

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 384

339 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Tareke Mekhalfia)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Anhörung des Polizeipräsidiums Wuppertal,
KK 16, vom 15.08.2020,
Aktenzeichen: 200815-2122-074182**

an **Herrn Mekhalfia, Tareke**
***31.08.1977 in Remagen/Bad Neuenahr-
Ahrweiler**
letzte bekannte Anschrift:
Arndtstraße 16, 47119 Duisburg

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die
Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit
dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen
vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Tausch, KKin

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 385

340 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Ndoumbe-Edjenquele)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Bescheid des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 15.08.2020,
Vorgangs-Nr.: 502000-137414-19/2**

an **Herrn Ndoumbe-Edjenquele**
23.09.1991/Kamerun
letzte bekannte Anschrift:
Nevianstraße 34, 42117 Wuppertal

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die
Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit
dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen
vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Valentin, KHK

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 385

341 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Jacek Ossowski)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Bescheid/Anhörung des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 18.08.2020,
Vorgangs-Nr.: 503000-105901-19/5**

an **Herrn Jacek Ossowski**
Geburtsdatum nicht bekannt
letzte bekannte Anschrift:
Tunnelstr. 28, 42283 Wuppertal

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285
Wuppertal**, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Stein, KHKin

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 385

342 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Peik Michael Palm)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Vorladung des Polizeipräsidiums
Wuppertal, KK 16, vom 13.08.2020,
Aktenzeichen: 200625-0030-048483**

an **Herrn Peik Michael Palm**
geboren am 03.10.1991 in Remscheid
letzte bekannte Anschrift:
Kraner Weg 24, 42899 Remscheid
(gemeldet) (tatsächlich dort nicht
aufhältig)

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285**
Wuppertal, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die
Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit
dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen
vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Eimler, KHK

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 386

343 Öffentliche Zustellung PP Mönchengladbach (Robert Wladyslaw Pieta)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 des Landeszustellungsgesetzes wird die
Aufforderung zur Abholung eines sichergestellten

Fahrzeuges des Polizeipräsidiums Mönchengladbach
vom 13.08.2020,
Aktenzeichen: ZA 1.2-570159-252/19

an **Herrn Robert Wladyslaw Pieta,**
***02.12.1978**

öffentlich zugestellt, da die vorgenannte Person
postalisch nicht zu erreichen ist.

Die Verfügung liegt bei dem Polizeipräsidium
Mönchengladbach, Krefelder Straße 555, 41066
Mönchengladbach, Zimmer E616 für den Empfänger
offen und kann dort vom Empfänger während der
Dienstzeiten eingesehen werden.

Die Verfügung gilt einen Monat nach
Veröffentlichung in dem Amtsblatt der
Bezirksregierung Düsseldorf als zugestellt und wird
rechtskräftig und vollstreckbar, wenn nicht
innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim
Verwaltungsgericht Düsseldorf erhoben wird.

Im Auftrag
gez. Köntje, Regierungsamtsrätin

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 386

344 Öffentliche Zustellung PP Wuppertal (Stefan Wilhelmi)

Öffentliche Zustellung

gemäß § 10 Absatz 1 Satz 1 Verwaltungszustellungs-
gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LZG
NRW) vom 07.03.2006 (GV NRW S. 94) in der
zurzeit geltenden Fassung

**Vorladung zur erkennungsdienstlichen
Behandlung unter Androhung von Zwangsgeld
des Polizeipräsidiums Wuppertal,
KK 16, vom 18.08.2020,
Vorgangs-Nr.: 503000-030502-20/3**

an **Herrn Stefan Wilhelmi**
17.04.1987 in Castrop-Rauxel
letzte bekannte Anschrift:
Am Jagdhaus 50, 42113 Wuppertal

Der o.g. Bescheid kann in Raum E 85, des
Dienstgebäudes **Friedrich-Engels-Allee 228, 42285**
Wuppertal, eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die
o.g. Verwaltungsentscheidung durch öffentliche
Bekanntmachung zugestellt wird und die Klagefrist
in Gang gesetzt wird, nach deren Ablauf die
Entscheidung Bestandskraft erhält.

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung regelmäßig als zugestellt gilt, wenn seit dem Tag der Veröffentlichung zwei Wochen vergangen sind.

Im Auftrag
gez. Schönenberg KOK'in

Abl. Bez. Reg. Ddf 2020 S. 386

Amtsblatt
für den Regierungsbezirk Düsseldorf
Bezirksregierung Düsseldorf
40474 Düsseldorf



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung – Amtsblattverwaltung – in 40474 Düsseldorf zu richten.
Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich

Redaktionsschluss: Mittwoch der Vorwoche 10.00 Uhr.

Laufender Bezug nur im Abonnement. Bezugspreis jährlich 25,00 € zzgl. Versandkosten jährlich 51,00 €.

Einrückungsgebühr für die zweispaltige Zeile oder deren Raum 1,00 €.

Für das Belegblatt werden 1,00 € zzgl. 1,55 € Versandkosten erhoben.

Bezug von Einzellieferungen: 2,00 € zzgl. 1,55 € Versandkosten, werden zum Jahresende per Rechnung ausgewiesen.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Abonnementsbestellungen und -kündigungen wie folgt:

Zum 30.06. eines Jahres – Eingang bis 01.04.

Zum 31.12. eines Jahres – Eingang bis 01.10.

Bezug durch die Bezirksregierung Düsseldorf

Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf,

Auskunft unter Tel: 0211-475-2232

Email: amtsblatt@brd.nrw.de

Adressänderungen, Kündigungen etc. ausschließlich an die Bezirksregierung Düsseldorf

Druck, Vertrieb und Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf